Kleine Anfrage

der Abgeordneten Marianne Grosse (SPD)

und

Antwort

des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit

Eingliederungshilfe

Die Kleine Anfrage 1812 vom 3. Mai 2004 hat folgenden Wortlaut:

Gemäß § 35 a Sozialgesetzbuch VIII haben Kinder und Jugendliche Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe, wenn ihre seelische Gesundheit von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht. Seit der Einführung im Jahr 1995 hat sich in der Praxis ein deutlicher Zuwachs an Fallzahlen und Kosten gezeigt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Kostenentwicklung ist in Rheinland-Pfalz bezüglich der Eingliederungshilfe seit 1995 erkennbar (aufgeschlüsselt nach kommunalen Gebietskörperschaften)?
2. Welche Fallzahlentwicklung ist seit 1995 zu verzeichnen (aufgeschlüsselt nach kommunalen Gebietskörperschaften)?
3. Wie beurteilt die Landesregierung eine Kostenbeteiligung der Eltern und welchen zusätzlichen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung?
4. Liegen der Landesregierung Kenntnisse über die Entwicklung der ärztlichen Gutachten der Kinderpsychiater vor, die die in § 35 a genannten Defizite bestätigen müssen?
5. Welche Initiativen sind auf Bundesebene eingebracht oder sollen eingebracht werden?

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 21. Mai 2004 wie folgt beantwortet:

Der Gesetzgeber hat mit der Einführung des § 35 a Sozialgesetzbuch Aachtes Buch (SGB VIII) im Jahr 1995 die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche der Jugendhilfe zugeordnet. Kinder und Jugendliche haben einen Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn

1. ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht und
2. daher ihre Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft beeinträchtigt oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist.

Die Abweichung der seelischen Gesundheit wird in der Regel von einer Ärztin oder einem Arzt untersucht und in einer Stellungnahme bescheinigt. Die möglicherweise daraus resultierende Beeinträchtigung der Teilhabe am Leben der Gemeinschaft wird durch eine sozialpädagogische Fachkraft festgestellt. Die Entscheidung über den Hilfebedarf trifft allein das Jugendamt.

Zu 1.:

Die Netto-Ausgaben der einzelnen Jugendämter für die Hilfen nach § 35 a SGB VIII vom Jahr 1995 bis zum Jahr 2002 ergeben sich aus der Anlage 1. Die Meldungen für das Jahr 2003 liegen noch nicht vollständig vor.

Zu 2.:

Statistische Angaben über Hilfeempfänger von Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (Fallzahlen) werden in der Jugendhilfestatistik noch nicht erhoben, obwohl § 101 Abs. 1 SGB VIII eine Erhebung ab dem Jahr 2002 vorsieht.